

Peter Seideneck

## Europäische und arabische Gewerkschaften Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

---



*Peter Seideneck, geb. 1941 in Bielefeld, Ausbildung als Journalist, Referent für Europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand (1976-79; 1988-93), Leiter des Büros Heinz O. Vetter (1979-83), ist Berater des EGB-Generalsekretärs in Brüssel.*

---

Seit dem 11. September 2001 häufen sich die Vorschläge, auf welche Weise die Gewerkschaften in Europa und die des arabischen Raums zu einer Zusammenarbeit finden könnten. Konkretisiert hat sich dabei bislang wenig – der Zustand weitgehender Sprachlosigkeit kann nicht über Nacht überwunden werden. Dennoch: Das New Yorker Drama wirkt nach und kann den eher dürftigen und vor allem zeremoniellen Beziehungen zwischen Gewerkschaften in Europa und denen der arabischen Welt einen neuen Auftrieb geben.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat im vergangenen Jahrzehnt einige, nur teilweise erfolgreiche Anläufe genommen, um mit den arabischen Gewerkschaften zu einer langfristig angelegten Kooperation zu kommen. Grundlagen dazu boten zwei Faktoren der Außenpolitik der Europäischen Union: die Assoziierungsverträge zwischen der Union und den beiden Maghreb-Staaten Marokko und Tunesien<sup>1</sup> sowie der so genannte Barcelona-Prozess, der seit 1995 die Verwirklichung einer Euro-Mittelmeer-Partnerschaft zum Ziel hat. An diesem Prozess sind mit Ausnahme Libyens alle Staaten des Mittelmeerraums – auch Israel – beteiligt. Die Logik des Barcelonaprozesses ist vor allem eine ökonomische und handelspolitische: eine große Freihandelszone soll entstehen. Das erfordert von den Partnerländern beschleunigte Umstellungs- und Modernisierungsprozesse, deren soziale Konsequenzen in der Partnerschaft und ihren Finanzinstrumenten nur eine nachgeordnete Rolle spielen.

### **Regionale Zusammenarbeit der Maghreb-Gewerkschaften**

Als Erstes unternahm der EGB 1995 den Versuch, eine systematische Kooperation mit der Union der Arbeitergewerkschaften des arabischen Maghreb (USTMA) einzuleiten. In einer

---

<sup>1</sup> Mit Algerien wird seit längerem verhandelt. Mit einem Abschluss kann 2002 gerechnet werden.

Reihe von kleineren Projekten wurden Themen gemeinsamen Interesses definiert, von denen am Ende nur die Probleme der Migration und der Fremdenfeindlichkeit übrig blieben. Der Versuch blieb am Ende in der Üblichkeit gemeinsamer Erklärungen und eines inhaltsleeren Kooperationsvertrages stecken – ein Vertrag, der mittlerweile ausgelaufen ist.

Einer der Gründe für das Scheitern dieses Versuches liegt in der Fragilität des nordafrikanischen Regionalverbandes USTMA. Gegründet wurde er im Jahre 1989 in Casablanca – damals wesentlich auf Initiative der marokkanischen UMT (Union Marocaine du Travail) und ihres Generalsekretärs Majoub Ben Seddik, einer der zentralen Figuren des nordafrikanischen Antikolonialismus und Doyen der nordafrikanischen Gewerkschaftsbewegung. Die USTMA vereinigt bis heute die Gewerkschaften Marokkos, Mauretaniens, Algeriens, Tunesiens und Libyens. Die USTMA sollte – in gewisser Weise nach dem Beispiel des EGB – spezifische soziale Interessen im Rahmen der UMA (Union du Maghreb Arabe) vertreten, einem Zusammenschluss der nordafrikanischen Staaten, der einen gemeinsamen regionalen Markt und gemeinsame Politiken fördern sollte. Die bis heute theoretisch bestehende UMA ist über den Status einer Illusion nicht hinausgekommen und hat nie angefangen real zu existieren.

Aus Sicht des EGB war der Versuch, die Gewerkschaften der nordafrikanischen Staaten zu einem regionalen Verband zusammenzufassen, dennoch geeignet, auf gewerkschaftlicher Ebene regionale Kooperation zu antizipieren.

Das Scheitern der USTMA wurde bereits kurz nach ihrer Gründung eingeleitet: Das Sekretariat nahm seinen Sitz in Tunis, auf Einladung des tunesischen Staatspräsidenten Ben Ali, der seinen Vorgänger Habib Bourguiba durch den so genannten „medizinischen Putsch“ ablöste und nach fulminanten Ankündigungen in Sachen Demokratie ein repressives und korruptes Regime auf die Beine stellte, das auch nicht dadurch ansehlicher wird, dass die Präsidentenpartei der Sozialistischen Internationale angehört. Das Danaergeschenk an die USTMA: ein ansehlicher Sitz in bester Lage der Stadt Tunis. Der Preis: Kontrolle durch die tunesische Regierung und als Generalsekretär den Generalsekretär des zunehmend gleichgeschalteten tunesischen Gewerkschaftsbundes UGTT, Ismail Sahbani, der im Frühjahr 2001 durch den tunesischen Bankengewerkschafter Habib Besbes als USTMA-Generalsekretär abgelöst wurde. Das USTMA-Sekretariat reflektiert bis heute nicht die Breite seiner Mitgliedsverbände, sondern ist mit tunesischen und libyschen Mitarbeitern<sup>2</sup> besetzt. Der derzeitige Präsident der USTMA, Abdelmadjid Sidi Said (Generalsekretär des algerischen UGTA) unternahm den zaghafte Versuch einer Reform, die allein schon deshalb scheitern musste, weil der marokkanische UMT seit Jahren seine Mitarbeit in der USTMA weitgehend de facto eingestellt hat.

Ein kurzer Blick auf die Lage der Gewerkschaften in den drei zentralen Maghrebstaaten Marokko, Algerien und Tunesien belegt, dass die objektiven Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit der USTMA nicht gegeben sind und deren Scheitern deshalb unausweichlich ist.

Marokko ist das einzige Land in Nordafrika, das einen ausgeprägten gewerkschaftlichen Pluralismus hat: Dem traditionsreichen UMT steht vor allem der CDT (Bund der demokratischen Arbeit) gegenüber, der der Sozialistischen Partei des Premierministers Youssefi eng verbunden ist und an Stärke zunimmt, was auch mit seinen engen Beziehungen zur Regierungspartei zusammenhängt. Während der UMT dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angehört, ist CDT seit kurzem dem Weltverband der Arbeit (WVA – christlich-sozial) angeschlossen. Da die USTMA und die Internationale der Arabischen Gewerkschaften

---

2 Der libysche Gewerkschaftsverband (Verband der Produzenten) stellt den stellvertretenden Generalsekretär, der Diplomatenstatus hat.

(CISA) in ihrer Satzung festgelegt haben, dass pro Land nur ein Verband aufgenommen werden kann, ist der in Marokko durchaus repräsentative CDT in keiner der beiden Organisationen vertreten. UMT beharrt auf seinem internationalen Monopol und begründet dies vor allem damit, dass der gewerkschaftliche Pluralismus in Marokko in erster Linie auf parteipolitische Einflüsse zurückzuführen ist.

Der algerische Gewerkschaftsbund UGTA, der im algerischen Befreiungskampf eine zentrale Rolle spielte, leidet bis heute unter seiner Gleichschaltung durch die Staatspartei FLN unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1962. Zwar gibt es seit 1989 fortgesetzte Versuche, den Bund zu reformieren und die Einflüsse politischer Parteien und diverser Machtfractionen zurückzudrängen, doch ist das bis heute auch aufgrund der nach wie vor dramatischen inneren Lage und der Profitinteressen der Inhaber der tatsächlichen Macht im Lande nur begrenzt gelungen. Die Modernisierer stehen einem harten Block von Dogmatikern gegenüber, die ihre Positionen in den staatsdominierten Industrien rundum verteidigen und Reformen verhindern. Zunehmend jedoch gründen sich unabhängige Gewerkschaften in Sektoren des öffentlichen Dienstes, was auf eine zunehmende Kritik am UGTA schließen lässt und eine Pluralisierung nicht ausschließt. Ohne einen umfassenden Demokratisierungsprozess im Lande wird der UGTA keinen tiefreichenden Reformprozess erleben.

Der tunesische UGTT, ebenfalls eine Organisation von großer Tradition im Unabhängigkeitskampf, durchläuft derzeit wieder eine seiner fast schon zyklischen Turbulenzen. Der ehemalige Generalsekretär Ismail Sahbani wurde wegen Korruptions- und Unterschlagungsvorwürfen vor Gericht gestellt und - in einem unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten zweifelhaften Verfahren - im Herbst 2001 zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Sein Nachfolger Abdessalem Jrad, davor Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender der Disziplinarkommission, ist ihm im November als Vizepräsident des IBFG nachgefolgt. Ein außerordentlicher Kongress im Februar 2002 soll dann die neue Führung (die im Wesentlichen die alte sein wird) legitimieren. Hinter diesem einfach erscheinenden Vorgang verbirgt sich jedoch eine komplexe Wirklichkeit. Die Führung der UGTT unter Sahbani domestizierte die UGTT seit 1989 und brachte sie nach Kräften auf die Linie des Staatspräsidenten Ben Ali. Die traditionell vitale und ans Kämpfen gewöhnte interne Opposition wurde weitgehend ausgeschaltet und ausgeschlossen. Dabei wurden alle Möglichkeiten, die ein Polizeistaat nach tunesischer Machart zu bieten hat, voll ausgeschöpft. Freistellungen für Gewerkschaftsfunktionäre wurden rückgängig gemacht, Prozesse und Haftstrafen gegen missliebige Gewerkschafter waren und sind die Regel. Die Dichte des Systems Ben Ali und seine Kontrolle über alles, was sich im Lande tut, lässt es als ausgeschlossen erscheinen, dass der Wechsel an der Spitze der UGTT keinen politischen Hintergrund hat. Ben Ali unternimmt derzeit alles, um sein Präsidenschaftsmandat über 2004 hinaus verlängern zu lassen. Dazu muss die Verfassung geändert werden und dabei müssen alle nur denkbaren Störfaktoren ausgeschaltet werden. Die Basis der UGTT, die in der tunesischen Geschichte mehr als einmal gezeigt hat, dass sie sich aufs Kämpfen versteht, soll offensichtlich neu an die Kandare genommen werden. Die UGTT-Opposition versucht sich derzeit mit Blick auf den Kongress zu formieren. Kommt es zu keinem Kompromiss mit der jetzigen Führung, dann kann selbst die Gründung eines alternativen Bundes nicht ausgeschlossen werden. Ob der allerdings in einem hochgerüsteten Polizeistaat Perspektiven hat, bleibt eine offene Frage.

Neben den komplexen Verhältnissen in den drei Kernstaaten des Maghreb hat darüber hinaus auch ein politisches Problem eine Reichweite, das die bilateralen Beziehungen zwischen UMT und UGTA von Zeit zu Zeit belastet: das Westsahara-Problem. Algerien unter-

stützt die Polisario-Befreiungsfront, Marokko bekämpft sie und lehnt die Unabhängigkeit für die Sahraouis ab. Bisher ist es UMT und UGTA nicht gelungen, dieses Problem von der gewerkschaftlichen Agenda zu streichen, so dass sich bis heute enge Arbeitsbeziehungen nicht entwickelt haben. Die Kooperation zwischen den Gewerkschaften des Maghreb – sieht man von eher protokollarischen Ereignissen ab – verläuft vor allem auf der multilateralen, kaum auf der bilateralen Ebene.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Existenz der USTMA von einer gewissen Bedeutung - als Plattform für interne Gewerkschaftskontakte im Maghreb. Als handlungsfähiger Kooperationspartner für die europäischen Gewerkschaften jedoch fällt sie weitgehend aus. Auch die Versuche, im Rahmen der USTMA eine Zusammenarbeit im Rahmen der Assoziierungsabkommen mit dem EGB zu organisieren, um gegenüber den europäischen Institutionen die Positionen der Maghrebgewerkschaften zur Geltung zu bringen, sind weitgehend erfolglos geblieben: UGTT und UMT haben bislang diametral entgegengesetzte Standpunkte, und der UGTA hat derzeit offensichtlich nicht das Potential, sich in den laufenden Verhandlungen zwischen der algerischen Regierung und der EU zu positionieren.

### **Der Internationale Bund der Arabischen Gewerkschaften (CISA)**

Diese Organisation ist ein Faktor, der bei der Bewertung europäisch-arabischer Gewerkschaftsbeziehungen nicht unterschätzt werden darf. Dem IBFG gehören zwar eine Reihe von Gewerkschaften aus den arabischen Ländern an (UMT, UGTT, UGTA, JFTU – Jordanien, diverse Gewerkschaften aus dem Libanon), die jedoch gleichzeitig der CISA angeschlossen sind, der faktisch alle Gewerkschaften der arabischen Welt organisiert<sup>3</sup>.

CISA wurde auf Betreiben des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser im Jahre 1956 in Damaskus gegründet. Hintergrund war die Haltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach der Spaltung des WGB und dem Entstehen des IBFG im Jahre 1949 zur Gründung des Staates Israel, der damals von Ost und West unterstützt wurde. Weder dem WGB noch dem IBFG gelang es damals, Gewerkschaften aus den Ländern der Arabischen Liga aufzunehmen. Gründungsmitglieder der CISA, deren Sitz Kairo wurde, waren die Gewerkschaften aus Ägypten, Jordanien, dem Libanon, Libyen und Syrien. CISA vertrat eine pan-arabische Position und erhob den Anspruch, für die progressiven Kräfte in der arabischen Welt zu stehen.

Als der ägyptische Präsident Anwar El Sadat im Jahre 1979 Israel besuchte und seiner Delegation der Arbeitsminister und ägyptische Gewerkschafter angehörten, und der Generalsekretär der Histadrut im Gegenzug den ägyptischen Gewerkschaften einen Besuch abstattete, verlegte die CISA ihren Sitz nach Damaskus.

Zur Geschichte der CISA schreibt der marokkanische Politologe und Gewerkschafter Fouad Ben Seddik: „Auf ihrem 7. Kongress in Damaskus im Jahre 1979 schließt sich die CISA den arabischen Ländern an, die geschlossen Front gegen Israel machen und die Vertreter dieser Länder halten die Macht in der CISA....Diese Front zersplittert über das Problem des Golfkrieges und die Frage des Libanon. Die Krise des politischen Panarabismus wirkt sich auf den

---

3 Ausnahme: der Palästinensische Gewerkschaftsbund PGFTU, der der Doktrin „ein Land – eine Gewerkschaft“ zum Opfer gefallen ist. Anerkannt wird nur der PFTU, der aus einer in Tunis beheimateten Exilorganisation entstanden ist.

gewerkschaftlichen Panarabismus aus...Die CISA ist nicht in der Lage, ihren Satzungskongress abzuhalten".<sup>4</sup>

Zu einer gewissen Neuorientierung der CISA kam es erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den damit verbundenen internationalen Veränderungen.

Das, was die CISA bis heute vor allem zusammenhält, ist die Palästinafrage und die damit verbundene Solidaritätsgestik. Mit den sozialen, ökonomischen und schon gar nicht den in fast allen arabischen Ländern vorherrschenden autoritären politischen Verhältnissen befasst sich die CISA nur zögerlich, jedenfalls nicht öffentlich. Natürlich muss dabei festgehalten werden, dass sich freie und unabhängige Gewerkschaften in autoritär beherrschten Gesellschaften nicht wirklich entwickeln können und die Spielräume eng sind. Die CISA ist nicht frei von direkten politischen Interventionen. Diese Faktoren müssen die europäischen Gewerkschaften realistischerweise in Rechnung stellen. Die Beziehungen mit der CISA sind nötig, aber gleichzeitig auch problematisch und nicht beliebig belastbar.

### **Das Gewerkschaftsforum EuroMed – Der Versuch einer strukturierten Zusammenarbeit**

Auf Vorschlag des EGB wurde anlässlich einer Konferenz im Rahmen der Euro-Mittelmeer-Partnerschaft in Stuttgart im April 1999<sup>5</sup> gemeinsam mit dem IBFG ein Forum als organisatorische Plattform für eine langfristige Zusammenarbeit zu gewerkschaftlichen Themen gegründet. Diese Zusammenarbeit soll die gewerkschaftlichen Interventionsmöglichkeiten bei der Zusammenarbeit der Regierungen und gegenüber den europäischen Institutionen entwickeln und gleichzeitig vor allem zwischen den europäischen Gewerkschaften und den Gewerkschaften der nicht-europäischen Partnerländer eine Kultur der Kooperation aufbauen helfen. Dem Forum gehören seither die Gewerkschaften aller Partnerländer einschließlich Israels an. CISA und USTMA sind kooptierte Partner.

Ein Koordinierungsausschuss wurde ins Leben gerufen, dem vier europäische und vier nicht-europäische Vertreter angehören und der in der ersten Phase von EGB und IBFG moderiert wurde.<sup>6</sup>

Der Ausschuss bereitete die 2. Vollversammlung des Forums vor, die im November 2000 in Marseille im Rahmen der Ministerkonferenz - wie zuvor in Stuttgart - stattfand. In Marseille kam es zu einem Boykott aller arabischen Gewerkschaftsvertreter, die zwar anreisten und sich die Kosten erstatten ließen, an der Konferenz aber nicht teilnahmen. Begründung: die Anwesenheit der Delegierten des israelischen Histadrut. Koordiniert wurde der Boykott vom libyschen stellvertretenden Generalsekretär der CISA und dem internationalen Sekretär des tunesischen UGTT.

Die Politik des leeren Stuhls hinderte die Konferenz nicht daran, u.a. auch einen Beschluss zur Palästinafrage zu fassen, in dem die Anwendung der UNO-Resolutionen 242 und 338 sowie die Schaffung eines souveränen Palästinenserstaates gefordert wurde. Die Vertreter der Histadrut stimmten diesem Beschluss zu. Der Boykott der arabischen Gewerkschaften stieß auf völliges Unverständnis der europäischen Gewerkschaftsvertreter.

---

4 Ben Seddik, La CISA in Syndicalisme – Dimensions Internationales, Paris 1990.

5 In Zusammenarbeit mit dem DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung

6 Nach Stuttgart trat der Ausschuss in Casablanca, Tunis und Paris zusammen.

Darüber hinaus beschloss die Konferenz einen umfangreichen Katalog gewerkschaftspolitischer Forderungen und Vorschläge zur Ausgestaltung des Partnerschaftsprozesses und legte besondere Akzente auf die Notwendigkeit einer stabilen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. Dieses Dokument war bereits vorher mit allen Forumsorganisationen konsultiert worden und ist seither die Grundlage für weitere Arbeiten.

Nach Marseille fanden zwei weitere Sitzungen des Koordinierungsausschusses statt (Kairo<sup>7</sup>, Amman<sup>8</sup>), auf denen ein dreijähriges Arbeitsprogramm beschlossen wurde. Dabei kam es zu zwei wichtigen Übereinstimmungen:

- Die Aktionen des Forums müssen vom Tagungskalender der Regierungen abgekoppelt werden, weil nur so unmittelbare politische Einflüsse vermieden werden können;
- die Agenda des Forums muss sich auf zentrale gewerkschaftliche Themen konzentrieren und darf sich nicht in Debatten über ohnehin weitgehend wirkungslose allgemeine Erklärungen erschöpfen.

In Kairo wurde die Einstellung eines ständigen Koordinators<sup>9</sup> beschlossen, der seither mit Sitz in Brüssel das Arbeitsprogramm umsetzt.

Das Arbeitsprogramm konzentriert sich auf drei Schwerpunkte:

1. Eine Bestandsaufnahme über die arbeitsrechtlichen Bestimmungen in den Partnerländern;
2. ein Weißbuch über die Systeme der sozialen Sicherheit;
3. ein Vergleich der Systeme der industriellen Beziehungen und des sozialen Dialogs.

Zu den drei Themen werden Netzwerke von nationalen Experten aufgebaut, die die Untersuchungen in den Bezugsländern durchführen und dabei mit den Gewerkschaftsexperten vor Ort kooperieren. Die Netzwerke werden sich in den nächsten drei Jahren regelmäßig treffen. Aus den erzielten Ergebnissen, die in den Arbeitssprachen des Forums (Arabisch, Englisch, Französisch) dokumentiert werden, sollen Handlungsgrundlagen für gewerkschaftliche Politik, Forderungen für die weitere Ausgestaltung der EuroMed-Partnerschaft und Schnittpunkte für die Kooperation mit bereits bestehenden EGB-Netzwerken gewonnen werden. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission, dem EGB und dem IBFG finanziert.

Zu hoffen ist, dass sich durch das Projekt Kooperationsstrukturen entwickeln, die von Dauer sind und einen Zustand beenden, in dem das Schaufenster der Zusammenarbeit dekoriert, das Warenlager dahinter aber gähnend leer ist.

Dabei muss allen Beteiligten klar sein, dass das Palästina-Problem nicht einfach an die Seite gerückt werden kann. Ohne eine Lösung dieses Problems wird die Zusammenarbeit mit den arabischen Gewerkschaften unter Einschluss von Histadrut immer wieder Gefahr laufen, zur Geisel politischer Umstände zu werden.

---

7 In Kairo nahm der Generalsekretär des PGFT (Palästina), Shaer Saed, als Gast teil. Er konnte in Marseille nicht teilnehmen, weil ihm die israelischen Behörden die Ausreise verweigerten. Er hätte sich dem Boykott der arabischen Gewerkschafter nicht angeschlossen, sondern das Forum zur Vertretung seines Standpunktes genutzt.

8 In Kairo war beschlossen worden, die nächste Sitzung in Nablus (Palästina) stattfinden zu lassen. Die arabischen Mitglieder sahen sich dazu nicht imstande. In Amman wurde der Beschluss von Kairo erneuert und seine Realisierung auf die zweite Hälfte 2002 vertagt.

9 Rachid Khedim, ein algerischer Wissenschaftler und Sozialpolitikexperte, ehemaliger UGTA-Vorsitzender der Region Algier und Berater des UGTA-Generalsekretärs.

Die europäischen Mitglieder des Koordinierungsausschusses haben Anfang November 2001 dem PGFTU in Nablus, Bethlehem und Ost-Jerusalem einen Besuch abgestattet. Der EGB hat eine Delegation des PGFTU für Januar 2002 nach Brüssel eingeladen.

Klar ist, dass die Europäische Union ihr Gewicht im Nahen Osten stärker zur Geltung bringen muss. Ohne einen souveränen und gesicherten unabhängigen palästinensischen Staat und eine einvernehmliche Lösung der Jerusalemfrage wird es keinen Frieden geben und niemand wird in Sicherheit leben können. Mit den Mitteln des Militärs und einem sich gegenseitig hochschaukelnden Terror lässt sich nichts lösen. Staatsterror ist kein Deut akzeptabler als individueller Terror oder der von radikalen Gruppierungen. Die Palästinenser sind in der eindeutig schwächeren Position. Sie verfügen über keine wirklich funktionsfähigen Institutionen und haben kein Territorium, das sie tatsächlich kontrollieren können. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist katastrophal. Es gibt keine Alternative zu friedlichen Lösungen. Dabei müssen die Gewerkschaften ihre Verantwortung wahrnehmen. Dazu gehört auch die Umsetzung des vor einigen Jahren zwischen PGFTU und Histadrut getroffenen Abkommens, in dem es vor allem um den Schutz der palästinensischen Arbeiter geht und das nach Auffassung des PGFTU von Histadrut nicht eingelöst worden ist.

Die europäisch-arabischen Gewerkschaftsbeziehungen verlangen langen Atem und viel Geduld auf beiden Seiten. Sie sind vor Rückschlägen nicht sicher. Aber es scheint, dass die Einsicht in ihre Notwendigkeit allenthalben wächst.